

# Bundesgesetzblatt <sup>681</sup>

Teil II

Z 1998 A

1983

Ausgegeben zu Bonn am 9. November 1983

Nr. 28

Tag	Inhalt	Seite
4. 10. 83	Bekanntmachung zur Charta der Vereinten Nationen .....	682
5. 10. 83	Bekanntmachung der Änderung der Anlage zu dem Europäischen Übereinkommen über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates .....	683
6. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr und des Protokolls zur Änderung des Abkommens .....	684
6. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über sichere Container .....	684
7. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen .....	685
10. 10. 83	Bekanntmachung der Vereinbarung über die Verlängerung der deutsch-brasilianischen Verein- barung über den Austausch technischer Informationen und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen .....	685
10. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls wegen Verbots des Gaskriegs	686
13. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets - TIR .....	686
13. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Regelung des Walfangs .....	686
14. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiun- gen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen .....	687
14. 10. 83	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-brasilianischen Vertrags über den See- verkehr .....	688
17. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954 .....	688
17. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Welt- organisation für geistiges Eigentum .....	688
17. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 147 der Internationalen Arbeitsorganisation über Mindestnormen auf Handelsschiffen .....	689
18. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen .....	690
19. 10. 83	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Malawi über Finanzielle Zusammenarbeit .....	690
20. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Pflanzenschutzabkommens ..	692
20. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation ...	692
20. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Schiffsvermessungs-Überein- kommens von 1969 .....	692
24. 10. 83	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-tschechoslowakischen Doppelbesteue- rungsabkommens .....	692
24. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums .....	693
24. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren ....	693
31. 10. 83	Bekanntmachung der Neufassung der Anlage 3 der Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle	693

## Bekanntmachung zur Charta der Vereinten Nationen

Vom 4. Oktober 1983

Malta hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen in einer am 13. Mai 1983 eingegangenen Mitteilung notifiziert, daß es seine unter dem Datum vom 23. Januar 1981 hinterlegte Erklärung vom 2. Januar 1981 nach Artikel 36 Abs. 2 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs, das Bestandteil der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 (BGBl. 1973 II S. 430, 505) ist, zurücknimmt. Gleichzeitig notifizierte Malta dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, daß es seine unter dem Datum vom 6. Dezember 1966 hinterlegte Erklärung vom 29. November 1966 nach Artikel 36 Abs. 2 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs bestätigt; der Wortlaut dieser Erklärung Malτας aus dem Jahre 1966, die somit mit Wirkung vom 13. Mai 1983 erneut wirksam wurde, wird nachstehend veröffentlicht:

(Übersetzung)

"I have the honour to declare, on behalf of the Government of Malta, that Malta accepts as compulsory ipso facto and without special convention, on condition of reciprocity, the jurisdiction of the International Court of Justice, in conformity with paragraph 2 of Article 36 of the Statute of the Court, until such time as notice may be given to terminate the acceptance, over all disputes other than:

- |   |  |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>(i) Disputes in regard to which the Parties to the dispute have agreed or shall agree to have recourse to some other method of peaceful settlement;</li> <li>(ii) Disputes with the Government of any other country which is a Member of the British Commonwealth of Nations, all of which disputes shall be settled in such manner as the parties have agreed or shall agree;</li> <li>(iii) Disputes with regard to questions which by international law fall exclusively within the jurisdiction of Malta;</li> <li>(iv) Disputes concerning any question relating to or arising out of belligerent or military occupation or the discharge of any functions pursuant to any recommendation or decision of an organ of the United Nations, in accordance with which the Government of Malta has accepted obligations;</li> <li>(v) Disputes arising under a multilateral treaty, unless (1) all Parties to the treaty affected by the decision are also Parties to the case before the Court, or (2) the Government of Malta specially agrees to jurisdiction;</li> <li>(vi) Disputes relating to any matter excluded from compulsory adjudication or arbitration under any treaty, convention or other international agreement or instrument to which Malta is a party;</li> <li>(vii) Disputes in respect of which arbitral or judicial proceedings are taking, or have taken place with any State which, at the date of the commencement of the proceedings, had not itself accepted the compulsory jurisdiction of the International Court of Justice; and</li> <li>(viii) Disputes in respect of which any other Party to the dispute has accepted the compulsory jurisdiction of the International Court of Justice only in relation to or for the purposes of the dispute; or where the acceptance of the Court's compulsory jurisdiction on behalf of any other Party to the dispute was deposited or ratified less than twelve months prior to the filing of the application bringing the dispute before the Court.</li> </ul> | <p>„Ich beehre mich, im Namen der Regierung von Malta zu erklären, daß Malta die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs nach Artikel 36 Abs. 2 des Statuts des Gerichtshofs bis zur Kündigung der Annahme von Rechts wegen und ohne besondere Übereinkunft unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit für alle Streitigkeiten mit Ausnahme der folgenden als obligatorisch anerkennt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>(i) Streitigkeiten, hinsichtlich derer die Streitparteien eine andere Art der friedlichen Beilegung vereinbart haben oder vereinbaren;</li> <li>(ii) Streitigkeiten mit der Regierung eines anderen Mitgliedlands des britischen Commonwealth of Nations, die alle in einer von den Parteien vereinbarten oder zu vereinbarenden Weise beigelegt werden;</li> <li>(iii) Streitigkeiten über Fragen, die nach dem Völkerrecht ausschließlich in die Zuständigkeit Malτας fallen;</li> <li>(iv) Streitigkeiten betreffend eine Frage, die sich auf eine kriegerische oder militärische Besetzung oder die Wahrnehmung von Aufgaben auf Grund einer Empfehlung oder eines Beschlusses eines Organs der Vereinten Nationen, wonach die Regierung von Malta Verpflichtungen übernommen hat, bezieht oder daraus ergibt;</li> <li>(v) Streitigkeiten auf Grund eines mehrseitigen Vertrags, sofern nicht 1. alle Vertragsparteien, die von der Entscheidung betroffen sind, auch Parteien der Rechtssache vor dem Gerichtshof sind oder 2. die Regierung von Malta der Zuständigkeit besonders zustimmt;</li> <li>(vi) Streitigkeiten betreffend eine Angelegenheit, die auf Grund eines Vertrags, eines Übereinkommens oder einer sonstigen internationalen Vereinbarung oder Übereinkunft, deren Vertragspartei Malta ist, von der obligatorischen Gerichtsbarkeit oder Schiedsgerichtsbarkeit ausgenommen ist;</li> <li>(vii) Streitigkeiten, bezüglich derer ein Schieds- oder Gerichtsverfahren stattfindet oder stattgefunden hat, mit einem Staat, der zu Beginn des Verfahrens die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs selbst nicht anerkannt hatte, sowie</li> <li>(viii) Streitigkeiten, bezüglich derer eine andere Streitpartei die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs nur im Zusammenhang mit oder für die Zwecke der Streitigkeit anerkannt hat oder bezüglich derer die Annahme der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs im Namen einer anderen Streitpartei weniger als zwölf Monate vor Einreichung der Klageschrift, mit der die Streitigkeit beim Gerichtshof anhängig gemacht wird, hinterlegt oder ratifiziert wurde.</li> </ul> |
|---|--|

The Government of Malta also reserves the right at any time, by means of a notification addressed to the Secretary General of the United Nations, and with effect as from the moment of such notification either to add to, amend or withdraw any of the foregoing reservations or any that may hereafter be added.

29 November, 1966

G. Felice  
Acting Minister"

Die Regierung von Malta behält sich ferner das Recht vor, einen der vorstehenden Vorbehalte oder einen späteren Vorbehalt jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation mit Wirkung vom Zeitpunkt dieser Notifikation zu erweitern, zu ändern oder zu widerrufen.

29. November 1966

G. Felice  
Amtierender Minister"

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 5. Juni 1981 (BGBl. II S. 372) und vom 2. Dezember 1981 (BGBl. II S. 1096).

Bonn, den 4. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
der Änderung der Anlage zu dem Europäischen Übereinkommen  
über die Regelung des Personenverkehrs  
zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates**

**Vom 5. Oktober 1983**

Die Anlage zu dem Europäischen Übereinkommen vom 13. Dezember 1957 über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates (BGBl. 1959 II S. 389) – nach Artikel 1 Abs. 1 Bestandteil des Übereinkommens – ist in Übereinstimmung mit dessen Artikel 11 in bezug auf die Liste der Bundesrepublik Deutschland geändert worden. Die Neufassung dieser Liste, die am 3. August 1983 wirksam wurde, wird nachstehend veröffentlicht:

Federal Republic of Germany:	République Fédérale d'Allemagne:	Bundesrepublik Deutschland:
Passport or child's travel certificate of the Federal Republic of Germany, valid or expired within the last year	Passeport national ou certificat de voyage pour enfant de la République Fédérale d'Allemagne, en cours de validité ou périmé depuis moins d'un an	Gültiger oder seit höchstens einem Jahr ungültig gewordener Reisepaß oder Kinderausweis der Bundesrepublik Deutschland;
Valid identity card of the Federal Republic of Germany	Carte d'identité officielle de la République Fédérale d'Allemagne, en cours de validité	gültiger amtlicher Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland;
Valid provisional identity card and attested photograph identifying child, issued by the Land of Berlin	Carte d'identité provisoire et attestation de photo d'identité d'enfant, délivrées par le Land de Berlin, en cours de validité	gültiger behelfsmäßiger Personalausweis und gültige Kinderlichtbildbescheinigung, ausgestellt vom Land Berlin.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 31. März 1977 (BGBl. II S. 424) und vom 1. September 1982 (BGBl. II S. 836).

Bonn, den 5. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Abkommens  
zur Vereinheitlichung von Regeln  
über die Beförderung im internationalen Luftverkehr  
und des Protokolls zur Änderung des Abkommens**

**Vom 6. Oktober 1983**

1. Trinidad und Tobago hat der polnischen Regierung als Verwahrer des Warschauer Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr vom 12. Oktober 1929 (RGBl. 1933 II S. 1039) am 10. Mai 1983 notifiziert, daß es sich seit dem 31. August 1962 an das Abkommen, dessen Anwendung durch das Vereinigte Königreich auf sein Gebiet am 3. Dezember 1934 erstreckt worden war, als gebunden betrachtet.

2. Das Protokoll vom 28. September 1955 zur Änderung des Warschauer Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (BGBl. 1958 II S. 291) ist nach seinem Artikel XXIII für Trinidad und Tobago am 8. August 1983 in Kraft getreten. Trinidad und Tobago hat seine Beitrittsurkunde am 10. Mai 1983 hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Februar 1983 (BGBl. II S. 140).

Bonn, den 6. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Internationalen Übereinkommens  
über sichere Container**

**Vom 6. Oktober 1983**

Das Internationale Übereinkommen vom 2. Dezember 1972 über sichere Container (CSC) – BGBl. 1977 II S. 41 – ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Barbados am 1. September 1983  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Januar 1983 (BGBl. II S. 108).

Bonn, den 6. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens  
über den Schutz der ausübenden Künstler,  
der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen**

**Vom 7. Oktober 1983**

Das Internationale Abkommen vom 26. Oktober 1961 über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (BGBl. 1965 II S. 1243) ist nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für

Barbados am 18. September 1983  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 31. August 1983 (BGBl. II S. 574).

Bonn, den 7. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
der Vereinbarung über die Verlängerung der deutsch-brasilianischen Vereinbarung  
über den Austausch technischer Informationen  
und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen**

**Vom 10. Oktober 1983**

Durch Briefwechsel zwischen dem Bundesminister des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Bergbau und Energie der Föderativen Republik Brasilien vom 30. Mai/27. Juli 1983 ist nachstehende Vereinbarung über die Verlängerung der Vereinbarung vom 10. März 1978 (BGBl. II S. 950) über den Austausch technischer Informationen und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen geschlossen worden:

1. Die deutsch-brasilianische Ressortvereinbarung über den Austausch technischer Informationen und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen vom 10. März 1978 wird gemäß Abschnitt III Buchstabe g um fünf Jahre verlängert.
2. Im Anschluß an die sich aus Nummer 1 ergebende Geltungsdauer gilt die Vereinbarung stillschweigend jeweils weitere fünf Jahre, sofern sie nicht von einer der beiden Vertragsparteien mit einer Frist von sechs Monaten vor ihrem Ablauf schriftlich gekündigt wird.
3. Die in der Vereinbarung vom 10. März 1978 enthaltene Berlin-Klausel (Abschnitt III Buchstabe f) gilt auch für diese Vereinbarung.

Die Vereinbarung ist am 27. Juli 1983 in Kraft getreten.

Bonn, den 10. Oktober 1983

Der Bundesminister des Innern  
Im Auftrag  
Dr. Bochmann

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls  
wegen Verbots des Gaskriegs**

**Vom 10. Oktober 1983**

Das Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (RGBl. 1929 II S. 173) ist für

Kamputschea,  
Demokratisches am 15. März 1983  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. August 1981 (BGBl. II S. 617).

Bonn, den 10. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Zollübereinkommens über den  
internationalen Warentransport mit Carnets – TIR**

**Vom 13. Oktober 1983**

Das Zollübereinkommen vom 14. November 1975 über den internationalen Warentransport mit Carnets – TIR (BGBl. 1979 II S. 445) ist nach seinem Artikel 53 Abs. 2 für

Marokko am 30. September 1983  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Juni 1983 (BGBl. II S. 446).

Bonn, den 13. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Internationalen Übereinkommens  
zur Regelung des Walfangs**

**Vom 13. Oktober 1983**

Das Internationale Übereinkommen zur Regelung des Walfangs vom 2. Dezember 1946 (BGBl. 1982 II S. 558) ist nach seinem Artikel X Abs. 4 für

Mauritius am 17. Juni 1983  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Juni 1983 (BGBl. 1983 II S. 450).

Bonn, den 13. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen  
der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen**

**Vom 14. Oktober 1983**

I.

Das am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen (BGBl. 1954 II S. 639; 1971 II S. 129; 1979 II S. 812) ist nach dessen Artikel XI §§ 43 und 44 für

Uganda

am 11. August 1983

unter Anwendung auf folgende Sonderorganisationen in Kraft getreten:

- Internationale Arbeitsorganisation (Anlage I)
- Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (2. revidierte Fassung der Anlage II)
- Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (Anlage III)
- Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Anlage IV)
- Internationaler Währungsfonds (Anlage V)
- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Anlage VI)
- Weltgesundheitsorganisation (3. revidierte Fassung der Anlage VII)
- Weltpostverein (Anlage VIII)
- Internationale Fernmelde-Union (Anlage IX)
- Weltorganisation für Meteorologie (Anlage XI)
- Internationale Seeschiffahrts-Organisation (revidierte Fassung der Anlage XII)
- Internationale Finanz-Corporation (Anlage XIII)
- Internationale Entwicklungsorganisation (Anlage XIV)
- Weltorganisation für geistiges Eigentum (Anlage XV)
- Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (Anlage XVI).

II.

Unter Bezugnahme auf die Vorbehalte, die Ungarn bei seiner am 19. August 1982 wirksam gewordenen Notifikation über die Anwendung des Abkommens auf den Internationalen Währungsfonds und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung eingelegt hatte (vgl. Bekanntmachung vom 4. November 1982/BGBl. II S. 978), hat das Vereinigte Königreich dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 21. April 1983 folgendes notifiziert:

*(Übersetzung)*

"With regard to the reservations accompanying this undertaking concerning articles 24 and 32 of the Convention (jurisdiction of the International Court of Justice) the Government of the United Kingdom wish to reaffirm the statement in their communication of 5 January 1968 (circulated as C.N.18. 1968. TREATIES-1) namely that these reservations are not of a kind which parties to the Convention have the right to make."

„In bezug auf die dieser Verpflichtung beigefügten Vorbehalte zu den §§ 24 und 32 des Abkommens (Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs) möchte die Regierung des Vereinigten Königreichs die Erklärung in ihrer Mitteilung vom 5. Januar 1968 (verteilt als Dokument C.N.18. 1968. TREATIES-1) bekräftigen, die besagt, daß diese Vorbehalte nicht denen entsprechen, zu deren Abgabe Vertragsparteien berechtigt sind.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 27. Februar 1970 (BGBl. II S. 122) und vom 30. Mai 1983 (BGBl. II S. 428).

Bonn, den 14. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des deutsch-brasilianischen Vertrags  
über den Seeverkehr**

**Vom 14. Oktober 1983**

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 5. Juni 1980 zu dem Vertrag vom 4. April 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über den Seeverkehr (BGBl. 1980 II S. 697) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 16 Abs. 2

am 22. Oktober 1983

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 22. September 1983 in Brasilia ausgetauscht worden.

Bonn, den 14. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des  
Internationalen Übereinkommens zur Verhütung  
der Verschmutzung der See durch Öl, 1954**

**Vom 17. Oktober 1983**

Das Internationale Übereinkommen vom 12. Mai 1954 zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl (BGBl. 1956 II S. 379; 1964 II S. 749; 1978 II S. 1493) wird nach seinem Artikel XV Abs. 2 Buchstabe a Satz 2 für

Sri Lanka am 30. November 1983  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Mai 1983 (BGBl. II S. 357).

Bonn, den 17. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
zur Errichtung der Weltorganisation  
für geistiges Eigentum**

**Vom 17. Oktober 1983**

Das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (BGBl. 1970 II S. 293, 295) wird nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Honduras am 15. November 1983  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. September 1983 (BGBl. II S. 653).

Bonn, den 17. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele



**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 147  
der Internationalen Arbeitsorganisation  
über Mindestnormen auf Handelsschiffen**

**Vom 17. Oktober 1983**

Das Übereinkommen Nr. 147 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. Oktober 1976 über Mindestnormen auf Handelsschiffen (BGBl. 1980 II S. 606) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für

Belgien

am 16. September 1983

in Kraft getreten.

Das Vereinigte Königreich hat die Anwendung des Übereinkommens mit Wirkung vom 26. Juli 1982 auf Hongkong nach Maßgabe folgender Abänderungen erstreckt:

*(Übersetzung)*

“Article 2 (a)

„Artikel 2 Buchstabe a

(a) There is no legislative provision requiring seafarers to be medically examined at two-yearly intervals as stipulated in the Medical Examination (Seafarers) Convention, 1946 (No. 73);

(a) Es gibt keine Rechtsvorschrift, die verlangt, daß Seeleute sich in zweijährlichen Abständen ärztlich untersuchen lassen, wie es in dem Übereinkommen (Nr. 73) von 1946 über die ärztliche Untersuchung der Schiffsleute festgelegt ist;

(b) There are no legislative provisions on the prevention of occupational accidents to seafarers which are substantially equivalent to the provisions of the Prevention of Accidents (Seafarers) Convention, 1970 (No. 134).”

(b) es gibt keine Rechtsvorschriften über den Schutz der Seeleute gegen Arbeitsunfälle, die den Bestimmungen des Übereinkommens (Nr. 134) von 1970 über die Unfallverhütung (Seeleute) im wesentlichen gleichwertig sind.”

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Oktober 1981 (BGBl. II S. 952).

Bonn, den 17. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten  
freilebender Tiere und Pflanzen**

**Vom 18. Oktober 1983**

Das Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (BGBl. 1975 II S. 773) ist nach seinem Artikel XXII Abs. 2 in Kraft getreten für

Malawi am 6. Mai 1982

Österreich am 27. April 1982

mit dem Vorbehalt, das Übereinkommen nur anzuwenden, wenn die folgenden in Anhang I enthaltenen Arten *Crocodylus porosus* und *Crocodylus cataphractus* so behandelt werden, als wären sie in Anhang II enthalten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. März 1983 (BGBl. II S. 226).

Bonn, den 18. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

---

**Bekanntmachung  
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Malawi über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 19. Oktober 1983**

In Lilongwe ist durch Notenwechsel vom 8./15. September 1983 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Malawi eine Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit getroffen worden, unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 19. April 1983 (BGBl. II S. 424). Die Vereinbarung ist

am 15. September 1983

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Oktober 1983

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Dr. Ehmann

Die Botschafterin  
der Bundesrepublik Deutschland

Lilongwe, 8. September 1983

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen zwischen unseren beiden Regierungen vom 19. April 1983 über Finanzielle Zusammenarbeit und das Ergebnis der deutsch-malawischen Regierungsverhandlungen vom 1. Juni 1983 folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b des zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 19. April 1983 für das Vorhaben „Hochwasserschutz Karonga“ bereitgestellte Betrag in Höhe von bis zu 4 600 000,- DM (in Worten: vier Millionen sechshunderttausend Deutsche Mark) wird um einen weiteren Finanzierungsbeitrag von bis zu 2 300 000,- DM (in Worten: zwei Millionen dreihunderttausend Deutsche Mark) auf bis zu 6 900 000,- DM (in Worten: sechs Millionen neunhunderttausend Deutsche Mark) erhöht.

2. Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 19. April 1983 einschließlich der Berlin-Klausel (Artikel 7) ausgenommen Artikel 1 Absatz 1 auch für diese Vereinbarung.

Falls sich die Regierung der Republik Malawi mit den in den Nummern 1 und 2 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

van Rossum

Dem Finanzminister  
der Republik Malawi  
Herrn L. C. Chaziya  
Lilongwe

(Übersetzung)

Minister der Finanzen

Lilongwe, 15. September 1983

Sehr geehrte Frau Botschafterin,

Ihren Brief vom 8. September 1983 hinsichtlich der Finanziellen Zusammenarbeit in dem Projekt Hochwasserschutz Karonga, der wie folgt lautet, habe ich erhalten:

*(Es folgt der Text der einleitenden Note.)*

Hiermit bestätige ich, daß die Regierung der Republik Malawi den Vorschlag Ihrer Regierung gemäß Ihrem obenerwähnten Brief akzeptiert. Diese Note und Ihr Brief stellen somit eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen dar, die mit dem heutigen Tag in Kraft tritt.

L. Chakakala Chaziya  
Finanzminister

Ihre Exzellenz die Botschafterin  
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland  
Lilongwe

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Internationalen Pflanzenschutzabkommens  
Vom 20. Oktober 1983**

Das Internationale Pflanzenschutzabkommen vom 6. Dezember 1951 (BGBl. 1956 II S. 947) ist nach seinem Artikel XIV für die

Tschechoslowakei am 5. August 1983  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Oktober 1981 (BGBl. II S. 948).

Bonn, den 20. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Satzung  
der Weltgesundheitsorganisation  
Vom 20. Oktober 1983**

Die Satzung der Weltgesundheitsorganisation vom 22. Juli 1946 (BGBl. 1974 II S. 43; 1975 II S. 1103; 1977 II S. 339) ist nach ihren Artikeln 4 und 79 für

St. Vincent und die Grenadinen am 1. September 1983  
in Kraft getreten

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Mai 1983 (BGBl. II S. 351).

Bonn, den 20. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Internationalen  
Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969  
Vom 20. Oktober 1983**

Das Internationale Schiffsvermessungs-Übereinkommen vom 23. Juni 1969 (BGBl. 1975 II S. 65) ist nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für die

Malediven am 2. September 1983  
Venezuela am 6. Oktober 1983

in Kraft getreten; es wird ferner für

Griechenland am 19. November 1983  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Juni 1983 (BGBl. II S. 447).

Bonn, den 20. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des deutsch-tschechoslowakischen  
Doppelbesteuerungsabkommens  
Vom 24. Oktober 1983**

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 30. November 1982 zu dem Abkommen vom 19. Dezember 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 1982 II S. 1022) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2

am 17. November 1983

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 18. Oktober 1983 in Bonn ausgetauscht worden.

Bonn, den 24. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
der Pariser Verbandsübereinkunft  
zum Schutz des gewerblichen Eigentums**

Vom 24. Oktober 1983

Die in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossene Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1983 zum Schutz des gewerblichen Eigentums (BGBl. 1970 II S. 293, 391) wird nach ihrem Artikel 20 Abs. 2 Buchstabe c und Abs. 3 für

Haiti am 3. November 1983  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. September 1983 (BGBl. II S. 589).

Bonn, den 24. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Budapester Vertrags  
über die internationale Anerkennung  
der Hinterlegung von Mikroorganismen  
für die Zwecke von Patentverfahren**

Vom 24. Oktober 1983

Der Budapester Vertrag vom 28. April 1977 über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren (BGBl. 1980 II S. 1104) wird nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für

Belgien am 15. Dezember 1983  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. September 1983 (BGBl. II S. 586).

Bonn, den 24. Oktober 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

---

**Bekanntmachung  
der Neufassung der Anlage 3  
der Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle**

Vom 31. Oktober 1983

Die nach Abschnitt 7.3 Buchstabe b der Vereinbarung vom 26. Januar 1982 über die Hafenstaatkontrolle (BGBl. II S. 585) am 10. September 1983 angenommene Neufassung der Anlage 3 der Vereinbarung wird nach ihrem Abschnitt 7.3 Buchstabe c für alle Vertragsparteien

am 10. November 1983

in Kraft treten. Die Neufassung der Anlage 3 der Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 31. Oktober 1983

Der Bundesminister für Verkehr  
Im Auftrag  
Dr. Hoffmann

Annex 3

(issuing authority)  
(address)  
(telephone)  
(telegram)  
(telex)

copy head office  
(master's copy)  
(surveyor's copy)

Report on Inspection in Accordance with the Memorandum  
of Understanding on Port State Control \*)

1. (... name of issuing country ...)

- 2. Name of ship .....
- 3. Type of ship .....
- 4. Flag of ship .....
- 5. Call sign .....
- 6. Gross tonnage .....
- 7. Year of build .....
- 8. Place and date of inspection.....

9. Nature of deficiency	References	10. Action taken
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....

(..... issuing authority .....), place and date .....

District Office

Tel: .....

Name and signature .....

Duly authorized surveyor of  
(... issuing authority ...)

\*) Maritime Authorities of Belgium, Denmark, Finland, France, the Federal Republic of Germany, Greece, Ireland, Italy, the Netherlands, Norway, Portugal, Spain, Sweden and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland have concluded a Memorandum of Understanding harmonizing the procedures on Port State Control. This Port State Control is based upon the international conventions on safety, the protection of the environment and living and working conditions on board ships as adopted by the International Maritime Organization and the International Labour Organization.

If this inspection report does not contain any remarks under the heading "nature of deficiency" the above Maritime Authorities will seek to avoid to inspect the ship again for a period of six months after the date this report was issued, unless there are clear grounds for another inspection.

**Annexe 3**

(Service d'inspection)	exemplaire service d'inspection
(Adresse)	(exemplaire bord)
(Téléphone)	(exemplaire inspecteur)
(Adresse télégraphique)	
(Télex)	

**Rapport d'inspection en application du Mémorandum d'entente sur le contrôle des navires par l'Etat du port \*)**

	1. (Nom du pays d'origine)	
2. Nom du navire .....		3. Type de navire .....
4. Pavillon .....		5. Indicatif .....
6. Jauge brute .....		7. Année de construction .....
8. Lieu d'inspection .....		Date ..... 19.....
9. Défectuosités	Références	10. Mesures prises
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....

(..... Service d'inspection.....), lieu et date.....

Service d'inspection

Téléphone:.....

Nom et signature .....

Inspecteur habilité par

(.....)

\*) Les autorités maritimes de Belgique, du Danemark, de Finlande, de France, de la République fédérale d'Allemagne, de Grèce, d'Irlande, d'Italie, des Pays-Bas, de Norvège, du Portugal, d'Espagne, de Suède et du Royaume Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord ont adopté un Mémorandum d'Entente harmonisant les procédures de contrôle par l'Etat du Port.

Ce contrôle par l'Etat du port est basé sur les conventions internationales sur la sécurité, la protection de l'environnement et les conditions de vie et de travail à bord des navires telles qu'adoptées par l'Organisation Maritime Internationale et l'Organisation Internationale du Travail.

Si ce rapport d'inspection ne contient pas d'observations à la rubrique «défectuosités» les autorités maritimes précitées éviteront d'inspecter à nouveau le navire pendant une période de 6 mois à compter de la délivrance du rapport, à moins qu'il n'y ait de bonnes raisons d'effectuer une autre inspection.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz - Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen.

b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreise: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,65 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postcheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,45 DM (1,65 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,25 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Anlage 3

(Übersetzung)

(Ausstellende Behörde)
(Anschrift)
(Telefon)
(Telegrammanschrift)
(Telex)

Ausfertigung für die Hauptverwaltung
(Ausfertigung für den Kapitän)
(Ausfertigung für den Besichtigter)

Bericht über eine Überprüfung nach Maßgabe der Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle \*)

1. (Name des ausstellenden Staates)

- 2. Schiffsname
3. Schiffstyp
4. Flagge des Schiffes
5. Rufzeichen
6. Bruttoreaumgehalt
7. Baujahr

8. Ort und Datum der Überprüfung

Table with 3 columns: Art der Mängel, Vorschrift, 10. Getroffene Maßnahmen

(Ausstellende Behörde), Ort und Datum

Bezirksverwaltung

Tel:

Name und Unterschrift

Ordnungsgemäß ermächtigter Besichtigter
der/des
(Ausstellende Behörde)

\*) Die Schiffsbehörden Belgiens, Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, Irlands, Italiens, der Niederlande, Norwegens, Portugals, Schwedens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland haben eine Vereinbarung zur Vereinheitlichung der Verfahren der Hafenstaatkontrolle geschlossen.

Diese Hafenstaatkontrolle stützt sich auf die von der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation und der Internationalen Arbeitsorganisation beschlossenen internationalen Übereinkünfte über Sicherheit, Umweltschutz sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen an Bord von Schiffen.

Falls dieser Überprüfungsbericht in der Rubrik „Art der Mängel“ keine Eintragung enthält, werden die obengenannten Seeschiffsbehörden das Schiff innerhalb der sechs auf die Ausstellung dieses Berichts folgenden Monate nach Möglichkeit nicht erneut überprüfen, sofern nicht triftige Gründe für eine weitere Überprüfung vorliegen.